

## GROSSER RAT

Sitzung vom 25. November 2014, Art. Nr. 2014-0686, romm/eb

### PROTOKOLL

**(GR.14.162-1) Leistungsanalyse; Massnahmen in der Kompetenz des Grossen Rats; Gesetz über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Dekret 2 über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Dekret 3 über die Umsetzung der Leistungsanalyse; Bericht und Entwurf zur 2. Beratung; Eintreten und Beginn der Detailberatung**

---

Der Rat behandelt die regierungsrätliche Vorlage vom 20. August 2014 samt den abweichenden Anträgen der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) vom 6. November 2014 sowie der Fachkommissionen. Der Regierungsrat stimmt diesen Änderungsanträgen teilweise zu. Die KAPF beantragt Eintreten und Beschlussfassung gemäss ihren Anträgen. Es referiert deren Präsident, Pascal Furer, Staufeu. Weiter ergreift Thomas Leitch-Frey, Wohlen, das Wort als Kommissionspräsident BKS.

#### Eintreten

Robert Obrist, Schinznach, beantragt namens der Fraktion der Grünen Nichteintreten.

Für die übrigen Fraktionen referieren: SVP, Maya Meier, Staufeu; SP, Marie-Louise Nussbaumer, Obersiggenthal; EVP, Lilian Studer, Wettingen; FDP, Josef Bütler, Spreitenbach; GLP, Barbara Portmann-Müller, Lenzburg; BDP, Maya Bally Frehner, Hendschiken; und CVP, Ralf Bucher, Mühlau.

Einzelvotant: Thomas Burgherr, Wiliberg.

Für den Regierungsrat nimmt Landammann Roland Brogli Stellung.

Eintreten wird in der Abstimmung mit 93 gegen 35 Stimmen beschlossen. Der Nichteintretensantrag ist somit abgelehnt.

#### Detailberatung

#### ***Regierungsrat***

##### Massnahme 100-01 Sitzungsgelder und Spesen Regierungsrat

Dekret über die Besoldung der Mitglieder des Regierungsrats

§ 3 Abs. 1 (geändert)

Dekret über Spesen, Sitzungsgelder und übrige Entschädigungen

Titel Ziffer 2<sup>bis</sup> (neu); § 5 Überschrift (geändert), Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

## **Staatskanzlei**

### Massnahme 120-01 Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder

#### *Antrag 4 gemäss Botschaft*

Antrag Kommission AVW: Ablehnung

Eventualantrag 1 Kommission AVW: Synopsen und Botschaften werden weiterhin sämtlichen Grossratsmitgliedern in gedruckter Form zugestellt, sofern sie nicht ausdrücklich darauf verzichten.

Eventualantrag 2 Kommission AVW: Kommissionsmitglieder erhalten sämtliche Kommissionsunterlagen wie bisher in gedruckter Form, sofern sie nicht ausdrücklich darauf verzichten.

Die Eventualanträge werden namens der AVW von Kommissionspräsident Matthias Jauslin, Wohlen, zurückgezogen.

Antrag Kommission KAPF: Teilweise Zustimmung zur Massnahme mit abweichendem Antrag 4 "Ab 1. Januar 2015 erfolgt die Zustellung der Geschäftsunterlagen an den Grossen Rat in der Regel in elektronischer Form. Botschaften und Synopsen werden weiterhin allen Grossratsmitgliedern per Post zugestellt, sofern sie nicht ausdrücklich darauf verzichten."

#### Abstimmungen

##### Gegenüberstellung

Antrag Kommission KAPF

(Teilweise Zustimmung Antrag Regierungsrat mit abweichendem Antrag) 78 Stimmen

Antrag Kommission AVW

(Ablehnung Antrag Regierungsrat) 53 Stimmen

##### Hauptabstimmung

Antrag Kommission KAPF: "Ab 1. Januar 2015 erfolgt die Zustellung der Geschäftsunterlagen an den Grossen Rat in der Regel in elektronischer Form. Botschaften und Synopsen werden weiterhin allen Grossratsmitgliedern per Post zugestellt, sofern sie nicht ausdrücklich darauf verzichten."

Dem Antrag wird mit 81 gegen 50 Stimmen zugestimmt.

## **Departement Volkswirtschaft und Inneres**

### Massnahme 210-11 Verzicht Abgeltung für kriminalpolizeiliche Tätigkeiten

Gesetz über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG)

§ 4 Abs. 3 (geändert)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

### Massnahme 240-01 Anpassung Aufsicht über die kommunalen Finanzen

Gesetz über die Einwohnergemeinden (Gemeindengesetz)

§ 47 Abs. 1 (geändert); § 86a Abs. 2 (geändert); § 88h Abs. 3 (geändert); § 92b Überschrift (geändert), Abs. 1 (geändert) und Abs. 2-3 (neu); § 94a Abs. 2 lit. c (aufgehoben); § 94d Abs. 1 lit. c (geändert)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 240-02 Erhöhung Kostendeckungsgrad Einwohner- und Objektregisterdatenplattform

Gesetz über die Einwohner- und Objektregister sowie das Meldewesen (Register- und Meldegesetz, RMG)

§ 21 Abs. 6 (geändert); § 22 Abs. 4 (aufgehoben); § 22a (geändert)

Maya Meier, Staufen, verlangt die Abstimmung über diese Massnahme.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 90 gegen 40 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 250-01 Erhöhung Kostendeckungsgrad Strafverfahren

Dekret über die Verfahrenskosten (Verfahrenskostendekret, VKD)

§ 15 Abs. 1 (geändert) und Abs. 3 (geändert); Titel Ziff. 4. (geändert); § 32 Abs. 1 (geändert) und Abs. 2 (neu)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 250-02 Verrechnung der staatsanwaltschaftlichen Leistungen an die verurteilte Person (Anklagegebühr)

Dekret über die Verfahrenskosten (Verfahrenskostendekret, VKD)

§ 15 Überschrift (geändert), Abs. 1<sup>bis</sup> (neu) und Abs. 3 (geändert); § 17 Abs. 1 und 3 (geändert)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

***Departement Bildung, Kultur und Sport***

Massnahme 310-01 Optimierung des Case Management Lehrpersonen

Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen (GAL)

§ 32a Abs. 1 und 2 (neu)

Der Massnahme wird stillschweigend zugestimmt.

Massnahme 310-04 Abschaffung des Berufswahljahrs

Schulgesetz

§ 23 Abs. 1 (geändert); § 27a Überschrift (geändert) und Abs. 1 (aufgehoben)

Sukhwant Singh-Stocker, Möhlin, und Kathrin Scholl-Debrunner, Lenzburg, im Namen der SP-Fraktion, stellen den Antrag auf "Verzicht auf die Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 91 gegen 38 Stimmen zugestimmt.

Massnahme 310-05 Zwingender Lohnabzug bei fehlender Qualifikation

Dekret über die Löhne der Lehrpersonen (Lohndekret Lehrpersonen, LDLP)

§ 9 Abs. 3 (geändert)

Antrag Kommission KAPF im Einvernehmen mit dem Regierungsrat: "Für Lehrpersonen, die nicht über eine für die Funktion massgebende Qualifikation verfügen, erfolgt für eine befristete Übergangszeit von 5 Jahren ein Lohnabzug von 5 %."

§ 9 Abs. 4 (neu)

Der Massnahme inkl. Änderungsantrag der Kommission KAPF wird stillschweigend zugestimmt.

#### Massnahme 310-10 Erhöhung Schülerzahlen an Primarschule

Schulgesetz

§ 52 Abs. 5 (geändert)

Sukhwant Singh-Stocker, Möhlin, stellt den Antrag auf "Verzicht auf die Massnahme".

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 103 gegen 26 Stimmen zugestimmt.

#### Massnahme 320-01 Leistungsreduktion Lehrpersonenberatung

Dekret über die Schuldienste

§ 1 Abs. 1 und 2 (geändert) sowie Abs. 3 (neu); § 8 Abs. 3 lit. a (geändert) und Abs. 4 (neu)

Ergänzungsantrag Kommission BKS: "Das unentgeltliche Grundangebot in der Beratung ist auf drei Beratungssitzungen à maximal 90 Minuten pro Leistungsbezügerin beziehungsweise Leistungsbezüger pro drei Jahre begrenzt."

Die Kommission KAPF und der Regierungsrat stimmen dem Ergänzungsantrag zu.

Kathrin Scholl-Debrunner, Lenzburg, begibt sich für die Abstimmung in den Ausstand.

Der Massnahme inkl. Ergänzungsantrag der Kommission BKS wird in der Abstimmung mit 101 gegen 27 Stimmen zugestimmt.

#### Massnahme 320-02 Kostenpflicht Laufbahnberatung Erwachsene

Dekret über die Schuldienste

§ 1 Abs. 1 und 2 (geändert) sowie Abs. 3 (neu); § 8 Abs. 1<sup>bis</sup> (neu)

Manfred Dubach, Zofingen, stellt im Namen der SP-Fraktion den Antrag auf "Beibehaltung geltendes Recht, bzw. auf Verzicht auf die Massnahme".

Kathrin Scholl-Debrunner, Lenzburg, begibt sich für die Abstimmung in den Ausstand.

Der Massnahme wird in der Abstimmung mit 85 gegen 29 Stimmen zugestimmt.

#### Massnahme 320-03 Einführung Kostenbeteiligung Freifach Instrumentalunterricht; Schulgelder an Mittelschulen, Bereinigung der Rechtsgrundlagen

Schulgesetz

§ 3 Abs. 4 (aufgehoben); § 33a Abs. 1-4 (neu)

Dekret über die Mittelschulen (Mittelschuldekret)

§ 6 (aufgehoben); § 41 (aufgehoben)

Dekret über die Löhne der Lehrpersonen (Lohndekret Lehrpersonen, LDLP)

Anhang II A (geändert)

Antrag Kommission BKS: "Die Neuorganisation des Instrumentalunterrichts an der Mittelschule ist gemäss Fact Sheet vom 16.9.14 umzusetzen. Zur Finanzierung des Sparziels soll zusätzlich zu den Elternbeiträgen die Lektionenverpflichtung auf 29 Lektionen angehoben werden. Die Besoldung soll aber neu generell in der Lohnstufe 17 erfolgen. Der dadurch nötige Betrag von rund Fr. 250'000.– soll am Sparziel abgezogen werden (neu Fr. 1,45 Mio.)."

Die Kommission KAPF und der Regierungsrat stimmen dem Antrag der Kommission BKS zu.

Anhang III (zusätzlicher Antrag Regierungsrat)

Zusätzlicher Antrag Regierungsrat: Angleichung Alter bei Ø möglichem Ausbildungsabschluss der Funktion "Instrumentalunterricht Sekundarstufe II" auf Niveau Mittelschule/Berufsmittelschule "26".

Maya Meier, Staufen, verlangt die Abstimmung über diese Massnahme.

Abstimmungen

Gegenüberstellung

Antrag Kommission Departement Bildung, Kultur und Sport  
inkl. Änderungsantrag des Regierungsrats zu Anhang III LDLP: 132 Stimmen

Antrag Kommission BKS: 0 Stimmen

Hauptabstimmung

Massnahme 320-03 Einführung Kostenbeteiligung Freifach Instrumentalunterricht; Schulgelder an Mittelschulen, Bereinigung der Rechtsgrundlagen; inkl. Ergänzungen Kommission BKS und Regierungsrat.

Der angepassten Massnahme wird mit 127 gegen 2 Stimmen zugestimmt.

An dieser Stelle unterbricht der Präsident die Beratungen und schliesst die Sitzung.

Thierry Burkart  
Präsident

Rahel Ommerli  
Ratssekretärin

Verteiler

(5) Departemente

Staatskanzlei

(2) Rechtsdienst Regierungsrat (Redaktionskommission/Gesetzessammlung)

Staatskanzlei (Kantonales Wahlbüro)

Parlamentdienst